

Klimapolitik gegen Leuthards Willen

Die Schweiz soll den CO₂-Ausstoss bis 2030 halbieren, jedoch ohne fixes Inlandziel. SVP und FDP haben sich im Nationalrat durchgesetzt – auch dank Doris Leuthards Partei. Das sorgt in der CVP für Misstöne.

Stefan Häne

BERN So hat sich Doris Leuthard einen ihrer letzten Kämpfe gegen den Klimawandel kaum vorgestellt. Die Schweiz soll ihr Klimaziel 2030 allein durch den Kauf von Emissionszertifikaten im Ausland erfüllen können. Das hat der Nationalrat im Rahmen der Revision des CO₂-Gesetzes gestern beschlossen.

Zwar trägt er das Ziel des Bundesrats mit, den CO₂-Ausstoss bis 2030 gegenüber 1990 um 50 Prozent zu senken. Einen fixen Inlandanteil an diesem Ziel lehnt er aber ab. Der Bundesrat dagegen will mindestens 30 Prozentpunkte im Inland einsparen, den Rest im Ausland. Vergeblich warnte Leuthard, ohne eine quantifizierte Zielvorgabe fehle ein wichtiger Ankerpunkt für die Ausgestaltung der einzelnen Klimaschutzmassnahmen im Inland, etwa der CO₂-Lenkungsabgabe auf Brennstoffe.

Mit der Streichung des Inlandziels haben SVP und FDP ihre Mehrheit im Rat ausspielen können. Ermöglicht haben den Erfolg aber zwei Abweichler just aus Leuthards Partei, der CVP: Fabio Regazzi und Thomas Egger. Regazzi verteidigt seinen Entscheid: Fixe Inland- und Auslandziele seien im Interesse einer effizienten Umsetzung des Gesamtreduktionsziels falsch. Egger war für eine Stellungnahme nicht erreichbar. Dazu haben zwei CVP-Frauen gefehlt: Elisabeth Schneider-Schneiter, die dem Vernehmen nach mit Bundesrat Johann Schneider-Ammann in den USA weilt, und Viola Amherd, die mit ihrer Bundesratskandidatur beschäftigt war.

CVP gibt FDP Schuld

Die mangelnde Geschlossenheit hat gestern in der CVP für Misstöne gesorgt. Die Partei, so ein Mitglied, habe es nicht geschafft, geeint aufzutreten, und so jene Kritiker bestätigt, die in der CVP keine zuverlässiger Partnerin sähen. Entsprechend laut sei es an der gestrigen Sitzung der Fraktion geworden. In der CVP fühlt man sich nun zu Unrecht als Teil der Klimaschutz-Gegnerschaft angeprangert. Fakt sei, dass sich die FDP «komplett aus dem Klimaschutz verabschiedet» habe – und nicht die CVP, sagt Nationalrat Stefan Müller-Altermatt.

Auch bei den Standards für internationale Bescheinigungen haben SVP und FDP gestern die Regeln diktiert. Emissionsverminderungen, die im Ausland erfolgen, sollen nur die



Gelangt in der Schweiz zu viel CO₂ in die Luft, soll das im Ausland kompensiert werden.

Bild Keystone

international festgelegten Anforderungen erfüllen, damit sie in der Schweiz berücksichtigt werden. Zusätzlich Anforderungen waren im Rat chancenlos, etwa die Vorgabe, dass die CO₂-Reduktion ohne Verkauf des Klimazertifikates nicht zustande gekommen wäre.

Leuthards Appell

Der Entscheid des Nationalrats macht linke Parlamentarier fassungslos, wie die gestrigen Reaktionen zeigen. Sie

können nicht verstehen, dass Schweizer Wirtschaftsvertreter für Massnahmen im Ausland plädieren. SVP und FDP entgegneten, dass so mit dem Franken die bestmögliche Wirkung erzielt werde, da die Kompensation im Ausland günstiger sei. Das stimmt zwar – fraglich ist aber, wie lange noch. Experten erwarten einen steilen Anstieg des Preises, wenn sich die am Austausch beteiligten Länder strikte Klimaziele verordnen und für den internationa-

len Emissionshandel ein strenge Regelwerk anwenden.

Setzt sich die rechte Seite weiter durch, wird der Nationalrat das CO₂-Gesetz in der Schlussabstimmung womöglich ablehnen: SP, Grüne und GLP, weil es ihnen zu wenig weit geht, die SVP, weil sie es ohnehin nicht will. In diesem Fall müsste der Ständerat die Vorlage von Grund auf neu beraten. Bundesrätin Leuthard ist überzeugt, dass die kleine Kammer Korrekturen vorneh-

men wird: «Die Bevölkerung erwartet nach diesem Hitzesommer, dass die Politik zugunsten des Klimaschutzes handelt.» Erste Signale deuten darauf hin, dass nicht nur linke Ständeräte Leuthards Appell folgen werden, sondern auch Mittevertreter, etwa Werner Luginbühl (BDP) oder Beat Vonlanthen. Auch er sei ein Wirtschaftsvertreter, sagt Leuthards Parteikollege, und als solcher unterstütze er konkrete Zielsetzungen.

CO₂-Gesetz

Weniger strenge Vorschriften für Hausbesitzer

+ Gestern hat der Nationalrat nicht nur entschieden, dass die Schweiz zwar den Ausstoss von Treibhausgasen weiter reduzieren soll, aber nicht zwingend mit Massnahmen im Inland. Er hat bei der Beratung des CO₂-Gesetzes auch weitere Pflöcke eingeschlagen.

Zu den Massnahmen zur CO₂-Reduktion im Inland gehört – wie bereits heute – die Sanierung von Gebäuden. Dafür sind die Kantone zuständig. Der Nationalrat will aber nicht im Gesetz verankern, dass sie

einen einheitlichen Gebäudestandard erlassen. Ausserdem soll das Ziel einer Reduktion um 50 Prozent gegenüber 1990 erst 2030 erreicht werden müssen. Die Befürworter strengerer Regeln argumentierten vergeblich, die Technologien für emissionsarme Gebäude seien längst vorhanden, und 26 verschiedene Lösungen seien nicht sinnvoll. Der Rat hatte auch zu entscheiden, was geschehen soll, wenn die Ziele bei den Gebäuden nicht erreicht werden. Vorgesehen sind CO₂-Grenzwerte. Der Rat

will aber weniger strenge als der Bundesrat.

Massnahmen sind auch im Verkehr geplant. Das Gerechteste wäre eine CO₂-Abgabe, stellte Leuthard fest. Der Bundesrat habe keine vorgeschlagen, weil sie nicht mehrheitsfähig sei. Der zweitbeste Weg seien Vorgaben für Neuwagen. Wie bisher sollen diese schrittweise verschärft werden. Die Importeure müssen Vorgaben zu den durchschnittlichen CO₂-Emissionen erfüllen. Importieren sie zu viele Autos mit hohem Ausstoss, müssen sie

Sanktionen zahlen. Hier folgte der Nationalrat bei den Werten mehrheitlich dem Bundesrat. Er strich allerdings die Möglichkeit, Zwischenziele vorzusehen. Anders als seine Kommission will der Nationalrat den Importeuren nicht erlauben, Elektroautos vom Durchschnitt auszunehmen. Die Kommission wollte verhindern, dass der Kauf von Elektroautos es Importeuren erleichtert, Autos mit hohem CO₂-Ausstoss einzuführen. Die Beratungen zur Totalrevision gehen nächsten Montag weiter. *sda*

Express

Schweiz bleibt auf der grauen Liste

BRÜSSEL Die EU-Finanzminister haben gestern mit Andorra und San Marino weitere Länder von ihrer grauen Liste der Steueroasen gestrichen. Nicht so die Schweiz: Sie steht noch immer auf der grauen Liste, und langsam wird die Zeit knapp. Die EU-Finanzminister wollen bereits im März 2019 entscheiden, wer definitiv von der grauen Liste gestrichen wird. Doch bis dahin wird die angeprangerte Diskriminierung bei den Unternehmenssteuern kaum unter Dach und Fach sein. *sda*

Keine Untersuchung im Fall Villiger

LUZERN Der Kanton Luzern führt keine externe Untersuchung dazu durch, ob die Staatsanwaltschaft im Falle des Zuger Regierungsrats Beat Villiger korrekt gehandelt hat. Die Massnahme sei unangebracht, würde in die Unabhängigkeit der Strafverfolgung eingreifen und die Gewaltentrennung verletzen, befand der Kantonsrat. Der Zuger Sicherheitsdirektor war in die Schlagzeilen geraten, weil er einer Frau ohne Führerausweis ein Auto geliehen hatte. Zudem wurde wegen eines Kaufvertrages für das Auto der Vorwurf der Urkundenfälschung erhoben. *sda*

«Schreiben nach Gehör» unter Druck

ST. GALLEN Vertreter aus allen vier Fraktionen des St. Galler Kantonsrats fordern in einem Vorstoss die Abschaffung der Lernmethode «Schreiben nach Gehör» in der Primarschule. Wie viele Schulen in der Schweiz «Schreiben nach Gehör» praktizieren, ist nicht bekannt. Nidwalden ist der erste Kanton, der die Methode «Schreiben nach Gehör» früher abschafft, als es der Lehrplan 21 vorsieht. Darin ist festgehalten, dass Lehrer erst ab dem dritten Schuljahr eine korrekte Schreibweise durchsetzen sollten. *sda*

Rüge wegen Überwachungsvideos

BERN Vor der Abstimmung über Versicherungsdetektive hat Andreas Dummermuth, Direktor der Ausgleichskasse Schwyz, den Medien Überwachungsvideos übergeben. Aus Sicht des Bundesrats ist das problematisch. Die Beurteilung, ob er damit eine Rechtsverletzung beging, sei Sache der Gerichte, schreibt die Regierung. Im Raum steht der Verdacht auf Amtsmissbrauch, Amtsgeheimnisverletzung und Persönlichkeitsverletzung. *sda*

Banken müssen Kapital aufbauen

BERN Systemrelevante Banken sind gezwungen, zusätzliches Eigenkapital aufzubauen. Mit einer Gesetzesänderung will der Bundesrat verhindern, dass dadurch die Steuerbelastung steigt. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat zugestimmt. Bei der Gesetzesänderung geht es um die Kapitalbeschaffungsinstrumente CoCos, Write-off-Bonds und Bail-in-Bonds. *sda*

Der Bundesrat verärgert die Ständeräte

Dass der Bund vor der Abstimmung über die Heiratsstrafe falsche Zahlen publizierte, hat ein Nachspiel. Der Ausgang der Abstimmung war so knapp, dass die Verlierer davon ausgehen, dass die Zahlen entscheidend waren.

BERN Ständeratsmitglieder haben gestern ihrem Ärger Luft gemacht über die vom Bund publizierten, falschen Zahlen zu von der Heiratsstrafe betroffenen Doppelverdiener-Ehepaaren. Anlass war eine Interpellation von Pirmin Bischof (CVP, SO) zu den Zahlen, die der Bundesrat vor der Abstimmung im Februar 2016 über die

CVP-Initiative für die Abschaffung der Heiratsstrafe publiziert hatte. Damals wurde angegeben, rund 80 000 Doppelverdiener-Ehepaare seien von der Heiratsstrafe betroffen. Im vergangenen Sommer wurde die Zahl aufgrund einer neuen Schätzmethode dann auf rund 45 000 Paare korrigiert. Doch auch diese Zahl steht inzwi-

schen infrage. Die «grundfalsche» Information vor dem Urnengang 2016 sei abstimmungsentscheidend gewesen, kritisierte Bischof gestern im Rat.

«Ich habe mich auch geärgert», räumte Finanzminister Ueli Maurer im Rat ein und entschuldigte sich. Allerdings sei es so, dass nur die Kantone und

nicht der Bund wüssten, wer direkte Bundessteuern bezahle, sagte er. Ein Teil der Stände verweigere die Daten. «Wir werden alles tun, um verlässliche Zahlen zu haben», versicherte Maurer mit Blick auf die Reform der Bundessteuer, mit der der Bundesrat die Heiratsstrafe beseitigen will. Mit der Angelegenheit befasst sich inzwischen auch

die zuständigen Geschäftsprüfer (GPK).

Die Initiative erreichte im Februar 2016 zwar das Ständemehr, scheiterte mit 50,8 Prozent Nein aber am Volksmehr. Noch hängig ist eine im Sommer eingereichte Abstimmungsbeschwerde der CVP. Sie will erreichen, dass die Abstimmung wiederholt wird.